

Deutscher Bundestag

Ausschuss für Digitales

Ausschussdrucksache

20(23)180

46. Sitzung (ÖA) 18.10.2023

18.10.2023



Schriftliche Stellungnahme für den Ausschuss für Digitales des Deutschen Bundestages

Öffentliche Anhörung „Internationale Digitalpolitik“ am Mittwoch, 18. Oktober 2023

Berlin, 12. Oktober 2023

Sehr geehrte Mitglieder des Ausschusses für Digitales,

hiermit möchte ich meine Überlegungen und Empfehlungen zur internationalen Digitalpolitik der Bundesrepublik Deutschlands und der geplanten Strategie formulieren und dabei selektiv auf einige der Fragestellungen aus Ihrem Fragenkatalog eingehen.

1. Die internationale Dimension der Digitalpolitik

Digitalpolitik hat sich über das letzte Jahrzehnt zu einem strategisch immer wichtigerem Politikfeld entwickelt, das aufgrund seines Querschnittscharakters in nahezu alle anderen Politikfelder hineinwirkt. Als Digitalpolitik betrachte ich dabei alle Aspekte der politischen Aushandlung und Gestaltung der Digitalisierung. Die Bundesregierung versucht, der zentralen Bedeutung dieses neuen Politikfeldes und ihrem eigenen Gestaltungsanspruch im Hinblick auf die digitale Transformation in Deutschland mit verschiedenen Strategien und Foren zur nationalen Digitalpolitik Rechnung zu tragen.

Digitalpolitik kann jedoch niemals ein rein nationales Politikfeld sein. Angesichts der weltweiten digitalen Vernetzung unserer Gesellschaften und Wirtschaften beeinflussen sich digitalpolitische Entscheidungen auf nationaler, regionaler und globaler Ebene gegenseitig. Daher muss Digitalpolitik stets vor dem Hintergrund globaler, geopolitischer und geoökonomischer Entwicklungen im Bereich der digitalen Technologien und Anwendungen gedacht werden. Der geopolitische Kontext der weltweiten digitalen Transformation zeigt sich derzeit vor allem im Streben etlicher Staaten nach mehr Selbstbestimmungsfähigkeit und Autonomie in der Herstellung, Regulierung und Nutzung von digitalen Technologien sowie in dem sich stetig verschärfenden Konflikt zwischen einzelnen Staaten um globale technologische Vorherrschaft und Einflussnahme, allem voran zwischen den USA

Wissenschaftszentrum Berlin
für Sozialforschung gGmbH

Reichpietschauer 50
10785 Berlin

Phone +49 (30) 25491-0
Fax +49 (30) 25491-684

wzb@wzb.eu
www.wzb.eu

Management
Prof. Jutta Allmendinger Ph.D.
Ursula Noack

Place of business
Local court of Charlottenburg
HRB 4303

Member of Leibniz Association
Commerzbank Berlin
Bank Code Number 100 400 00
Account Number 507 914 000

IBAN
DE07100400000507914000
Swift-Code COBADEFF
VAT-No. DE136782674



und China. Der geoökonomische Kontext gestaltet sich nicht nur auf der Basis des daraus resultierenden wirtschaftlichen Wettbewerbs zwischen Staaten und Weltregionen. Er wird darüber hinaus auch geprägt von der Marktführerschaft und dem Machtanspruch einiger weniger Tech-Unternehmen aus den USA und China, die nicht nur über enorme Ressourcen verfügen, sondern auch einen bedeutenden Einfluss auf die Schaffung und Regulierung von Märkten, auf die Bereitstellung und Strukturierung von Öffentlichkeiten und auf den Zugang zu grundlegenden Gütern des alltäglichen Lebens ausüben. Damit intervenieren sie zunehmend in die Aufgabenbereiche von Staaten und unterlaufen deren Fähigkeit zur Selbstregulierung. In diesem vielseitigen Wettbewerb ringen alle Akteure darum, die globale digitale Ordnung im Sinne ihrer wirtschaftlichen und politischen Interessen sowie ihrer normativen Vorstellungen zu gestalten (Pohle & Voelsen, 2022a, 2022b).

Deutschlands digitalpolitische Gestaltungsmöglichkeiten nach innen hängen nicht ausschließlich, aber doch maßgeblich davon ab, wie sich diese globale digitale Ordnung darstellt. Ob wir auch in Zukunft fähig sein werden, in Deutschland demokratische digitale Öffentlichkeiten und digitalen Nutzerrechten zu schützen sowie die Wettbewerbs- und Innovationsfähigkeit unserer (Digital-)Wirtschaft und die Resilienz unserer technischen Infrastrukturen zu stärken, wird auch davon bestimmt, wie sich globale Infrastrukturen und Machtverhältnisse weltweit gestalten. Die internationale Dimension der deutschen Digitalpolitik sollte somit auf *zwei eng miteinander verbundene Ziele* ausgerichtet sein: Zum einen sollte sie die für unsere Gestaltungs- und Handlungsfähigkeit notwendigen globalen Rahmenbedingungen schaffen, damit wir die *digitale Transformation in Deutschland* im Sinne unserer Interessen und normativer Vorstellungen vorantreiben können. Zum anderen sollte sie darauf abzielen, dass auch *die weltweite digitale Transformation* von ähnlichen, demokratisch-fundierten Interessen und Wertvorstellungen – jeweils angepasst an die lokalen Gegebenheiten – geprägt wird.

Über die letzten Jahrzehnte wurde internationale Digitalpolitik in Deutschland häufig als ein von der nationalen Digitalpolitik separates Politikfeld betrachtet, das trotz der thematischen Verbindungen wenige personelle und institutionelle Überlappungen mit letzterem aufweist und dessen Verantwortlichkeiten über viele Ressorts verteilt sind. (1) Die fundamentale Bedeutung der internationalen Handlungsebene auch für unsere nationalen Gestaltungsspielräume wird weiterhin oft unterschätzt. Ich begrüße daher sehr, dass die Bundesregierung derzeit eine Strategie für die deutsche internationale Digitalpolitik erarbeitet. Neben der Definition von inhaltlichen Schwerpunkten, sollte diese vor allem darauf abzielen, (2) das Zusammenspiel von digitalpolitischen Handlungszielen auf der nationalen und internationalen Ebene festzulegen, Verantwortlichkeiten klar zu definieren und zu bündeln und somit die Kohärenz von gesellschafts-, wirtschafts-, außen- und entwicklungspolitischen Maßnahmen zu erhöhen. (3) Besonders aus dem Streben nach digitaler Souveränität ergeben sich dabei verschiedene Zielkonflikte, die es zu reflektieren und, soweit möglich, aufzulösen gilt. Gleichzeitig muss eine solche Strategie (4) die Stärken der deutschen Digitalpolitik nutzen sowie Synergien und Kooperation mit europäischen und internationalen Partnern sinnvoll fördern. Nur so können unsere internationalen Gestaltungsambitionen realistisch an die geopolitischen und geoökonomischen Gegebenheiten angepasst und konkrete aktuelle und zukünftige Handlungsspielräume aufgezeigt werden.



2. Kohärenz schaffen – Zielkonflikte überwinden

Politikfelder formieren sich gewöhnlich um ein klar definiertes Schutzgut (gut ersichtlich beispielsweise beim Schutzgut Bildung, Gesundheit, Klima, Familie, Sicherheit, Verteidigung etc.). Aufgrund des Querschnitt-Charakters der Digitalpolitik ist das Schutzgut nicht klar definiert, denn Digitalisierung kann niemals um ihrer selbst willen vorangetrieben werden. Folglich ist die Zielsetzung des Politikfeldes von den Prioritäten unterschiedlicher Ressorts geprägt, die sich teilweise ergänzen, teilweise jedoch miteinander konkurrieren, z.B. Cybersecurity vs. digitale Freiheitsrechte oder Wettbewerbs- und Innovationsfähigkeit vs. Verbraucher- und Datenschutz. Aber auch zwischen der nationalen und internationalen Dimension der Digitalpolitik ergeben sich Zielkonflikte, z.B. zwischen restriktiven Maßnahmen zur Eindämmung von Desinformation einerseits und dem weltweiten Schutz der Meinungsfreiheit andererseits; oder zwischen der Überwachung von digitaler Kommunikation zur Kriminalitätsbekämpfung einerseits und dem internationalen Einsatz für Datenschutz und freien Zugang zum Internet andererseits (Kniep & Pohle, 2019; Pohle et al., 2016).

Die Auflösung dieser Zielkonflikte wird durch die personelle Verteilung und die Verantwortungsdiffusion über etliche Ministerien zusätzlich erschwert. So ist beispielsweise das Auswärtiges Amt (AA) und das Bundesministerium der Verteidigung (BMVg) für Cybersecurity und digitale Außenpolitik zuständig, das Bundesministerium für Digitales und Verkehr (BMDV) für internationale Digital- und Datenpolitik und Internet Governance, das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) für digitale Entwicklungspolitik und das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) für digitalen Außenwirtschaft im Rahmen der G7/G20 und OECD – um nur einige Verantwortlichkeiten zu nennen. Zusätzlich gibt es neben den Ministerien eine Anzahl an öffentlichen Akteuren und Institutionen, die operativ und inhaltlich an der Gestaltung der internationalen Digitalpolitik mitwirken, wie zum Beispiel der Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) oder das Zentrum für Cyber-Sicherheit der Bundeswehr.

Neben der Schwierigkeit, Zielkonflikte schnell zu identifizieren und möglichst reibungslos aufzulösen, erhöht eine solch komplexe Verantwortungsstruktur die Wahrscheinlichkeit von Abstimmungsproblemen, einer Überbeanspruchung von finanziellen, personellen und zeitlichen Ressourcen sowie von Informationsverlust. Zudem führt sie zu einem Mangel an Transparenz, sowohl für AnsprechpartnerInnen und WählerInnen in Deutschland als auch für KooperationspartnerInnen im Ausland. Internationale Abstimmungsprozesse zu digitalpolitischen Themen sind vielfältig und finden außer in internationalen Organisationen und Foren wie der UNESCO, ITU, G7, G20, dem VN-mandatierten Internet Governance Forum (IGF), dem Follow Up-Prozess des Weltgipfels zur Informationsgesellschaft und neuen Initiativen wie dem Global Digital Compact (GDC) auch in internationalen Standardisierungsgremien und im Rahmen von bilateralen Verhandlungen z.B. zu Handelsabkommen statt. Transparenz, welche Vertreter Deutschlands an welchen Prozessen mitwirken und Klarheit, wie die inhaltlichen Absprachen untereinander stattfinden, sollte auch hier ein wichtiges Ziel sein.

Während eine Bündelung und bessere Koordinierung der Verantwortlichkeiten für die Handlungsfelder der nationalen Digitalpolitik seit mehreren Legislaturperioden in Deutschland



diskutiert und zunehmend auch umgesetzt wird (Pohle, 2018; Greef, 2017; Reiberg, 2017), steht dieser Prozess für die internationalen digitalpolitischen Handlungsfelder noch aus. Eine Strategie zur internationalen Digitalpolitik sollte folglich Kompetenzen bündeln, klare Verantwortungs- und Koordinationsstrukturen festlegen und diese gegen mögliche institutionelle Widerstände durchsetzen.

3. Spannungsfelder der „digitalen Souveränität“ auflösen

Einige grundlegende Zielkonflikte der (internationalen) Digitalpolitik lassen sich jedoch nicht durch bessere Koordinationsstrukturen, sondern nur durch politische Abwägung und Aushandlung überwinden. Besondere Relevanz haben in diesem Zusammenhang, meines Erachtens, die zunehmenden Spannungsverhältnisse, die sich aus dem expliziten Streben nach digitaler Souveränität in Deutschland und auf europäischer Ebene ergeben. Drei dieser Spannungsverhältnisse möchte ich im Folgenden besonders herausstellen, wobei die Liste nicht erschöpfend ist.

3.1 Sicherheit – Wirtschaft – Freiheitsrechte

Trotz der Popularität des Begriffs der digitalen Souveränität über nahezu alle Akteursgruppen und Parteigrenzen hinweg, lässt sich bis heute kein übergreifendes Verständnis oder eine allgemeingültige Definition identifizieren. Ganz allgemein drückt das Streben nach digitaler Souveränität in Deutschland und Europa den Wunsch nach mehr Handlungs- und Gestaltungsfreiheit aus, um den Prozess der digitalen Transformation nach eigenen Wertvorstellungen mitgestalten und im Umgang mit digitalen Technologien, Anwendungen und Infrastrukturen selbstbestimmt handeln zu können. Angelehnt an ein politikwissenschaftliches Souveränitätsverständnis stellt diese Idee der digitalen Selbstbestimmung einen Mittelweg zwischen Fremdbestimmung und Autarkie dar und grenzt sich gleichzeitig von beiden ab (Pohle & Thiel, 2020). Eine Besonderheit der deutschen Diskussion ist es jedoch, dass der Begriff in seiner hiesigen Verwendung nicht nur die kollektive Handlungs- und Gestaltungsfähigkeit von Staaten, Unternehmen, Organisationen oder bestimmten Gruppen beschreibt, sondern auch die Selbstbestimmungsfähigkeit von Individuen im Umgang mit digitalen Technologien und Daten. Obwohl sich kollektive und individuelle digitale Souveränität in vielerlei Hinsicht wechselseitig bedingen, hat die Verwirklichung digitaler Selbstbestimmung von Individuen andere Voraussetzungen und Konsequenzen als die eines Staates oder einer Volkswirtschaft. Sie zu schaffen und zu bewahren stellt Politik, Verwaltung und Gesellschaft auch vor andere Herausforderungen (Lambach & Oppermann, 2023; Pohle et al., 2022; Pohle, 2020). Die Zielkonflikte, die sich aus konkurrierenden Teilaspekten der digitalen Souveränität ergeben, insbesondere auch für das Handeln auf der internationalen Ebene, decken sich in vielerlei Hinsicht mit der oben bereits genannten Konfliktkonstellation zwischen Freiheitsrechten, Wettbewerbsfähigkeit und Sicherheit. Zusätzlich zu der bereits geforderten besseren Koordination und Abstimmung, können sie aber nur durch klare politische Priorisierung überwunden werden. Es gilt abzuwägen, welche konkreten Aspekte des Strebens nach mehr digitaler Selbstbestimmung unser Handeln nach innen und außen definieren sollen.



3.2 Europa im Wettbewerb mit China und den USA

In der Debatte um digitale Souveränität zeigt sich besonders deutlich, wie grundlegend internationale Prozesse für die Gestaltung der digitalen Transformation in Deutschland sind. Ziel der internationalen Digitalpolitik muss es daher auch sein, die normativen Wertvorstellungen, die unsere Politik in Deutschland und Europa prägen, nach außen zu tragen. Auf europäischer Ebene äußert sich diese Ambition darin, einen menschen-zentrierten und werte-basierten, alternativen Weg der globalen digitalen Transformation gestalten zu wollen.

Auf der einen Seite soll sich diese Alternative von dem US-amerikanischen Weg unterscheiden: der stark an einer liberalen Gesellschafts- und Wirtschaftspolitik ausgerichteten amerikanischen Digitalpolitik stellt Europa mehr staatliche Gestaltungs- und Entscheidungsmacht – auch mit Blick auf Wirtschafts- und Ordnungspolitik – sowie mehr Datenschutz und informationelle Selbstbestimmung gegenüber. Unaufgelöst bleibt dabei die Frage, wie sich die starke Betonung von (staatlicher) Souveränität langfristig mit den Grundprinzipien des offenen, grenzübergreifenden, freien Internets (eine Idee, die ebenfalls durch US-amerikanische liberalen Wertvorstellungen stark geprägt wurde) und den auf diesen liberalen Idealen aufbauenden Governance-Strukturen zur Koordinierung der Internet-Infrastruktur, insbesondere dem Multi-Stakeholder-Prinzip in Institutionen wie der Internet Corporation for Assigned Names and Numbers (ICANN) oder der Internet Engineering Task Force (IETF), verbinden lässt. Eine differenzierte Positionierung Deutschlands kann den US-amerikanischen Bedenken bezüglich der digitalen Souveränitätsbestrebungen in Europa Rechnung tragen und somit die transatlantische Beziehung stärken (Bendiek & Stürzer, 2022; Farrell & Newman, 2018). Eine solche differenzierte Position könnte sich an der Layer-Struktur des Internets orientieren und zwischen unterschiedlichen Handlungsfeldern unterscheiden. Die Verwaltung der globalen Internet-Infrastruktur kann und sollte anderen Governance-Prinzipien folgen als beispielsweise die Regelsetzung für digitale Datenflüsse über diese Infrastruktur oder die Regulierung von kommerziellen digitalen Diensten.

Auf der anderen Seite möchte der europäische Weg der digitalen Souveränität eine Alternative zur staatszentrierten, restriktiven Digitalpolitik Chinas schaffen, die sich ebenfalls auf das Souveränitätskonzept stützt (Creemers, 2020). Trotz der Gemeinsamkeit, dass in beiden Ansätzen staatliche Regulierung sowie normative und geopolitische Ambitionen im Zentrum stehen, unterscheidet sich die chinesische Digitalpolitik durch ihren deutlich autoritärer gestalteten Kontrollanspruch – nicht zuletzt bezüglich digitaler Informations- und Kommunikationsflüsse – sowie durch die zugrundeliegenden normativen Vorstellungen (MacKinnon, 2010). Gleichzeitig ist es für europäische Länder immer schwerer zu rechtfertigen, warum die nach innen und außen gerichteten Steuerungsbemühungen Chinas weniger verhältnismäßig wären als europäische Regelsetzung, z.B. im Rahmen des Digital Services Acts (DSA) und des Digital Markets Acts (DMA), die in sich ebenfalls marktregulierende, normative und geopolitische Zielsetzungen kombinieren. Internationales digitalpolitisches Handeln sollte das deutsche und europäische Streben nach digitaler Souveränität somit nicht als reine Abgrenzungsstrategie gegenüber autoritären Staaten, wie China, formulieren. Vielmehr sollte es im Rahmen multilateraler Foren wie der VN oder der G20, die Chance für den digitalpolitischen Austausch auf der Basis existierender Gemeinsamkeiten nutzen, ohne dabei von



den eigenen Wertvorstellungen abzuweichen oder anderweitige Kooperationen, insbesondere im Rahmen des transatlantischen Trade and Technology Councils (TTC), zu gefährden.

Die europäische und deutsche Allianz mit den USA sollte also einerseits nicht bedeuten, dass kein Austausch mit China stattfinden kann. Andererseits kann die transatlantische Zusammenarbeit durch den Dialog mit China nicht gefährdet, sondern muss intensiviert werden. Indem Europa in der globalen Digitalpolitik mit einer eigenen Stimme spricht und den Dialog mit allen Parteien sucht, kann es idealerweise auch zur Entschärfung von Konflikten im Rahmen multilateraler Foren beitragen.

3.3 Digitale Entwicklungszusammenarbeit im geoökonomischen Wettbewerb

Ein dritter Konflikt, der in der Debatte um digitale Souveränität angelegt ist, besteht zwischen den damit verbundenen geopolitischen und geoökonomischen Ambitionen und den Zielen der digitalen Entwicklungspolitik. Die durch das BMZ definierte Strategie für die Entwicklungszusammenarbeit in Bereich der Digitalpolitik möchte Partnerländer dabei unterstützen, die eigene digitale Transformation sozial und nachhaltig zu gestalten und ihre Potentiale für alle Lebensbereiche zu nutzen, ohne dabei bestehende Ungleichheiten und Abhängigkeiten zu verstärken. Entwicklungspolitische Initiativen auf der europäischen Ebene, wie z.B. der Global Gateway, folgen ähnlichen Objektivitäten. Mit Blick auf den derzeitigen globalen Machtkampf um digitale Vorherrschaft und der Konkurrenz zwischen chinesischen Infrastrukturprojekten wie der Digital Silk Road, dem von Firmen vorangetriebenen Ausbau von Unterseekabeln und nun auch europäischen Initiativen, entsteht in Ländern des Globalen Südens die nicht unbegründete Sorge, dass dabei die Wirtschaftsmacht sowie Wettbewerbs- und Innovationsfähigkeit der ausführenden Akteure und nicht die Ziele der Entwicklungszusammenarbeit im Vordergrund stehen. Insbesondere der europäische Anspruch, durch Policy Transfer normative (Regulierungs-)Vorstellungen global weiterzugeben (Karjalainen, 2023), muss dieser Sorge Rechnung tragen, nicht zuletzt aufgrund der kolonialen Vergangenheit Europas.

Um diesen Zielkonflikt zu überwinden, sollte Deutschland, zusätzlich zum gesamteuropäischen Engagement, seine internationale Digitalpolitik darauf ausrichten, durch Kooperation auf Augenhöhe und Policy-Dialoge in den Partnerländern, Kompetenzen aufzubauen und lokale Lösungen zu entwickeln, die auf den tatsächlichen Bedürfnissen und Wertvorstellungen vor Ort beruhen. Gleichzeitig sollte es seine exzellenten Netzwerke zur Entwicklungszusammenarbeit nutzen, um im Austausch mit der Zivilgesellschaft, mit IT-Experten und Unternehmen vor Ort auch dezentral technologische Kompetenzen und digitale Innovationen zu fördern, die Teilnahme von nicht-staatlichen Akteuren aus dem Globalen Süden in internationalen Policy-Foren und Standardisierungsgremien zu ermöglichen und somit auch zur Vielfalt von Perspektiven und Stimmen in der globalen Digitalpolitik beizutragen. Dadurch kann Deutschland auch über Europa hinaus einen Beitrag zur Stärkung digitaler Selbstbestimmungsfähigkeit auf der kollektiven und individuellen Ebene leisten und darauf hinwirken, dass sich die globale digitale Ordnung plural gestaltet und nicht alleine durch den Machtkampf zwischen zwei oder drei dominanten Playern bestimmt wird.



4. Stärken nutzen und Synergien schaffen

Bei der Umsetzung seiner internationalen Digitalpolitik sollte Deutschland die Stärken und Besonderheiten die hiesige Digital-Landschaft auch über die staatlichen Institutionen hinaus bewusst einsetzen. Die folgende Liste kann dabei nicht umfassend sein, sondern dient nur dazu, einzelne Aspekte herauszuheben.

So sollte die Bundesregierung deutlich stärker auch in Deutschland den Austausch mit der sehr aktiven und gut vernetzte digitalpolitischen Community aus nicht-staatlichen Akteuren der Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft suchen und diese auch über breit angelegte, punktuelle Stakeholder-Konsultationen hinaus konkret und systematisch in die internationalen Digitalpolitik einbinden. Zivilgesellschaftliche Organisation, wie Wikimedia e.V. und der Chaos Computer Club (CCC) beispielsweise, verfügen nicht nur über relevante technische und politische Expertise. Viele Akteure haben darüber hinaus auch internationale Netzwerke, die beim Kompetenzaufbau in Partnerländern oder in der Entwicklungszusammenarbeit von Nutzen sein können. Das gleiche gilt für die in Deutschland angesiedelten Technologie- und Digitalunternehmen. Deutschland sollte sich daher dafür einsetzen, noch mehr nicht-staatlichen Akteuren die Teilnahme an internationalen Prozessen zu ermöglichen, und ihre Präsenz in technischen Standardisierungsgremien fördern. Damit kann es auch über diskursive Bekenntnisse hinaus einen aktiven Beitrag zur Stärkung eines partizipativen Ansatzes in der globalen Digitalpolitik leisten.

Um langfristig die geoökonomischen Dynamiken in der internationalen Digitalpolitik zu entschärfen, sollte Deutschland seine existierenden Stärken in der Entwicklung von Open Source-Technologien strategisch und bewusst einsetzen. Ziel sollte es sein, international Technologien zu befördern, die auf Offenheit und Gemeinwohl-Orientierung aufbauen. Öffentliche Gelder sollten gezielt eingesetzt werden, um Open Source- und Open Data-Anwendungen als Standard-Lösungen zu etablieren, zum Beispiel indem sie als Auswahlkriterium in öffentliche Ausschreibungen in Deutschland und in der Entwicklungszusammenarbeit aufgenommen werden.

Darüber hinaus sollte die deutsche wissenschaftliche, technische und wirtschaftliche Expertise im Bereich Nachhaltigkeit dafür eingesetzt werden, soziale und ökologische Nachhaltigkeitskriterien auch international als digitalpolitische Werte zu etablieren. Diese Bemühungen sollten sich auf alle Aspekte der digitalen Nachhaltigkeit beziehen. Das heißt, sie sollten sowohl auf die *nachhaltige Gestaltung von digitalen Technologien, Anwendungen und Märkten* abzielen, beispielsweise durch die Stärkung der digitalen Kreislaufwirtschaft und der Barrierefreiheit digitaler Tools. Gleichzeitig sollten sie das *Erreichen von Nachhaltigkeitszielen durch den Einsatz digitaler Technologien* befördern, zum Beispiel durch das Etablieren eines digital-gestütztes Ressourcenmanagements in der Industrie und Landwirtschaft. Auch solche Ambitionen sollten in nationalen und internationalen öffentlichen Ausschreibungen verankert werden. Zudem sollte Deutschlands internationales digitalpolitisches Engagement auch die bereits existierenden Synergien zwischen den Sustainable Development Goals (SDGs) und der Roadmap for Digital Cooperation des VN-Generalsekretärs bzw. dem Global Digital Compact gezielt unterstützen, und sein Engagement in VN-mandatierten internationalen Multi-Stakeholder-Gruppen, wie z.B. der Coalition for Digital Environmental Sustainability (CODES), intensivieren.



Letztendlich ist es unerlässlich, dass Deutschland sich seiner europäischen Verantwortung bewusst ist. Neben dem Setzen von eigenen Schwerpunkten, insbesondere in der digitalen Entwicklungszusammenarbeit, sollte die Debatte auf der europäischen Ebene sowie die möglicherweise abweichenden Positionen anderer EU-Mitgliedsstaaten mitbedacht werden und deutsche Positionen zügig, aber nicht kompromisslos in europäische Regelungsprozesse eingebracht werden. Gerade in der Gestaltung der globalen digitalen Ordnung kann die deutsche Digitalpolitik nur im europäischen Verbund große Wirkkraft entfalten. Die europäische Zusammenarbeit sollte daher oberste Priorität haben. Gleichzeitig müssen in der aktuellen geopolitischen und geoökonomischen Lage auch die EU-Mitgliedsstaaten über die transatlantische Zusammenarbeit hinaus weitere strategische Partnerschaften eingehen. Auch hier kann und sollte Deutschland auf der Basis seiner internationalen Digitalpolitikstrategie als Wegbereiter agieren.

Zitierte Literatur:

- Bendiek, A., & Stürzer, I. (2022). *Advancing European Internal and External Digital Sovereignty. The Brussels Effect and the EU-US Trade and Technology Council* (SWP Comment 2022/C 20). Stiftung Wissenschaft und Politik.
- Creemers, R. (2020). China's Conception of Cyber Sovereignty: Rhetoric and Realization. In D. Broeders & B. van den Berg (Hrsg.), *Governing Cyberspace: Behaviour, Diplomacy and Power* (S. 107–145). Rowman & Littlefield.
- Farrell, H., & Newman, A. L. (2018). Linkage Politics and Complex Governance in Transatlantic Surveillance. *World Politics*, 70(4), 515–554.
- Greef, S. (2017). *Netzpolitik—Entsteht ein Politikfeld für Digitalpolitik?* Kassel University Press.
- Karjalainen, T. (2023). European Norms Trap? EU Connectivity Policies and the Case of the Global Gateway. *East Asia*, 40(3), 293–316.
- Lambach, D., & Oppermann, K. (2023). Narratives of digital sovereignty in German political discourse. *Governance*, 36(3), 693–709.
- MacKinnon, R. (2010). *Networked Authoritarianism in China and Beyond: Implications for global Internet freedom*. 31.
- Reiberg, A. (2017). The Construction of a New Policy Domain in Debates on German Internet Policy. *European Policy Analysis*, 3(1), 146–167.

Eigene zitierte Publikationen:

Informationen zu meiner Person und ein vollständiges Publikationsverzeichnis finden Sie auf meiner [Webseite im Portal des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung](#).



- Kniep, R., & Pohle, J. (2019, März). Das Netz politisch. Wie über Digitalisierung gestritten wird. *WZB-Mitteilungen*, 163, 66–67.
- Pohle, J. (2018). Digitalpolitik in Deutschland: Globales Politikfeld sucht Ministerium. *Regierungsforschung.de*.
- Pohle, J. (2020). Digitale Souveränität. In T. Klenk, F. Nullmeier, & G. Wewer (Hrsg.), *Handbuch Digitalisierung in Staat und Verwaltung*. Springer Fachmedien Wiesbaden.
- Pohle, J., Hösl, M., & Kniep, R. (2016). Analysing internet policy as a field of struggle: The discursive institutionalisation of key conflicts in the German internet policy field. *Internet Policy Review*, 5(3).
- Pohle, J., & Thiel, T. (2020). Digital sovereignty. *Internet Policy Review*, 9(4).
- Pohle, J., Thüer, L., Dammann, F., & Winkler, J. (2022). Das Subjekt im politischen Diskurs zu „digitaler Souveränität“. In N. Kersting, J. Radtke, & S. Baringhorst (Hrsg.), *Handbuch Digitalisierung und politische Beteiligung*. Springer Fachmedien.
- Pohle, J., & Voelsen, D. (2022a). Centrality and power. The struggle over the techno-political configuration of the Internet and the global digital order. *Policy & Internet*, 14(1), 13–27.
- Pohle, J., & Voelsen, D. (2022b). Das Netz und die Netze. Vom Wandel des Internets und der globalen digitalen Ordnung. *Berliner Journal für Soziologie*.